



Drucksachen-Nr.: **2019/451b/A**

Art der Drucksache: Antrag

Betreff: Kürzung Haushalt 2020 - EP0 - 71800 - Zuschuss BgR

Einreicher: Fraktion AfD

Datum: 14.01.2020

Beratungsfolge:

Stadtrat

Antragstext:

Der Stadtrat beschließt:

Der Zuschuss an das sogenannte „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus“ im eigenen Mittelplan des Stadtrates werden auf null reduziert und aus dem Haushalt gestrichen. Die freiwerdenden Mittel in Höhe von 15.000 EUR kommen z. B. Weiterbildungen der Mitarbeiter (Kapitel 56201) des Stadtratsbüros zugute, welche nur mit 500 EUR kläglich

Begründung:

Die Subventionierung eines externen politischen Vereins durch das eigene Budget des Stadtrates erscheint absurd, auch unter der damals verwendeten Begründung, man wolle in der Stadt Weimar mit einem dunklen Gedächtnis zur NS-Zeit den besagten Anfängen wehren. Einerseits ist das Budget des Stadtrates selbst nur den stadtratbetreffenden Belangen zuzuordnen und damit der Zuschuss an das BgR mindestens Fehl am Platze, andererseits sind die Akteure und Ziele der oft nur als „*Bürgerbündnis gegen (gesamt) Rechts*“ agierenden Interessenvertretung mindestens fragwürdig, wenn nicht sogar selbst extremistisch in Ihren Ansichten und Vorhaben. Als wesentlicher Kritikpunkt der Mittelgewährung ist zu sehen, dass der Stadtrat damit eigene Mitglieder zur Bekämpfung aussetzt, wenn er den BgR finanziell unterstützt, da ein erklärtes Ziel des BgR die Bekämpfung der AfD-Fraktion im Weimar Stadtrat ist.

Beschluss

5 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen

Datum

29.01.2020

Unterschrift Oberbürgermeister

gez. Peter Kleine